

# Die Panikmacher siegen

Autor(en): **Nobs, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332119>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

14. JAHRGANG -- JUNI 1935 -- HEFT 10

## Die Panikmacher siegen

Von Ernst Nobs.

Nochmals hat Panik einen Abstimmungskampf zuungunsten der werktätigen Volksschichten entschieden. Nochmals sind es Teile dieser Schichten selber, die sich verängstigen ließen und damit den Ausschlag gaben für die Verwerfung der Kriseninitiative. Wieder hat man den Referendumsbürgern die Hölle heiß gemacht mit dem Brand der Sparbüchlein und der Versicherungspolice. Das Arsenal der alten Vogelscheuchen ist durch ein absonderliches Paar neuer Greuelgespenster vermehrt worden: Devaluation und Inflation sollten beide miteinander die unausbleibliche Folge der Annahme der Kriseninitiative sein. Die Verwerfung der Initiative würde den Franken retten, würde den noch nicht arbeitslos Gewordenen den Arbeitsplatz erhalten und den Arbeitslosen mehr Aussicht geben, wieder Beschäftigung zu erlangen. Ich habe vor Jahrzehnten einmal an einem schönen Sommertag vor einer emmentalischen Scheune einen Sektenprediger die Freuden des Paradieses und die Schrecken der Hölle schildern hören. Er hat mit Versprechen und Abschreckung nicht leidenschaftlicher und nicht grotesker gewirkt als die Propagandisten der Verwerfung. Sie fürchteten das Volk, und die Heftigkeit und Wildheit ihrer Wut erinnerten an die Novembertage des Jahres 1922 (Kampf um die Vermögensabgabeinitiative).

Trotz der auffallenden Gleichartigkeit der Kampfmittel blieb ihnen die Wiederholung des damaligen Erfolges versagt. Auch wenn man die Unterschiedlichkeit der beiden Initiativen nach Gehalt und Methodik vollauf in Rechnung stellt, bleibt ein großer Fortschritt auf der Seite der Initianten nicht zu verkennen. Es stumpft sich nichts so rasch ab wie die überspitzten Losungen. Vermochte die Aktionsgemeinschaft, deren Werk die Kriseninitiative war, den vollen Erfolg noch nicht zu erringen, so ist sie ihm doch recht nahe gekommen. Ueber vierhunderttausend haben trotz der Maßlosigkeit der Gegenpropaganda Ja gesagt. Damit haben die um die Initiative vereinigten Wirtschaftsgruppen eine Stimmenmacht zusammengeballt, wie sie die in der Eidgenossenschaft regierenden Parteien für ihre Abstimmungsvorlagen ungefähr aufzubringen vermögen. Diese *Parität der Kräfte* erreicht zu haben, will

etwas bedeuten. Es kommt hinzu die Besonderheit einiger kantonaler Ergebnisse, so Bern, das mit seinem von Arbeitern und Bauern gemeinsam gestampften Bernermarsch in der Eidgenossenschaft vorausmarschiert. Es folgen die beiden Basel, Solothurn und Schaffhausen. Daß Zürich achtzigtausend Ja für die Initiative aufbringt, Aargau einunddreißigtausend, Graubünden dreizehntausend, Luzern dreizehntausend, St. Gallen vierundzwanzigtausend, Thurgau und Neuenburg je zwölftausend, wird die bürgerlichen Parteien dieser Kantone mahnen, ihre Macht nicht zu überschätzen.

Diese gleiche Mahnung gilt nach wie vor nicht weniger für die eidgenössische Politik, denn es ist daran zu erinnern, um welchen Preis die Verwerfung des 2. Juni erreicht worden ist: Es haben sowohl die schweizerischen Parteitage der Freisinnig-Demokratischen Partei wie der Bauernpartei ausdrücklich beschlossen, *daß ihre Ablehnung der Kriseninitiative nicht als ein Bekenntnis zu einem Programm neuen Lohn- und Preisabbaues gewertet werden dürfe*. Damit aber haben diese beiden Gruppen eine Hauptforderung der Kriseninitiative von vornherein angenommen und sollte in der Zeit nach den Nationalratswahlen das Versprechen mit dem Halten etwa in Konflikt kommen, so würde der politische Gewinn dieser Politik des 2. Juni sich bald in ein sehr erhebliches Defizit verwandeln.

Nachdem überall versichert worden ist, es müsse auch ohne Kriseninitiative für Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung und für die Entschuldung in Landwirtschaft und Gewerbe mehr geschehen als bisher, darf man neugierig sein, in welcher Weise diese Versprechen eingelöst werden. Schwieriger noch könnte die Erfüllung des andern Versprechens werden, daß der Franken und die Banken, die allein die Kriseninitiative gefährdet haben soll, mit der Verwerfung glücklich gerettet seien. Die Wahrheit ist, daß dem Schweizerfranken sowenig von seiten dieser Initiative wie von seiten des Volks der kleinen Leute Gefahr droht. Wir Sozialdemokraten bleiben nach wie vor Gegner irgendeiner Währungsmanipulation. Wir treten der Panikmache entgegen, werde sie nun aus Gründen der Abstimmungspropaganda oder der Währungsspekulation betrieben. Wir wünschen die frühzeitige, gründliche und abschließende Feststellung der Zusammenhänge und der Verantwortlichkeiten. Möge den Siegern des 2. Juni erspart bleiben, daß ihre Worte und Verheißungen mit verändertem Vorzeichen zu ihnen zurückkehren.

Es läge nahe, in diesem Zusammenhang die gesamte wirtschafts-politische Leistung unserer schweizerischen Sozialdemokratischen Partei seit Beginn der Wirtschaftskrise darzustellen. Es bleibt richtig, daß die Kriseninitiative nicht von ihr ausgegangen ist, wohl aber haben die in Gewerkschaften und Angestelltenverbänden tätigen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in hohem Maße an der Vorbereitung der Initiative mitgewirkt. Mit dieser Feststellung und der weiteren, daß die Sammlung der Unterschriften und die Abstimmungspropaganda unseren Parteimitgliedern, Referenten und Publizisten eine Höchstanstrengung auferlegte, wollen wir das, was Nichtsozialdemo-

kraten für die Initiative geleistet haben, in keiner Weise herabsetzen. Manche unter diesen haben ein Maß von Druck und Verfolgung auf sich genommen, das ihnen zur höchsten Auszeichnung gereicht. Wer wollte dabei übersehen, daß das Zusammenfinden einer so breiten Front des werktätigen Volkes, wie sie zur Verteidigung der Kriseninitiative in Erscheinung getreten ist, ein durchaus neues Moment in die schweizerische Zeitentwicklung hereingetragen hat. Auch wenn niemand daran denkt, Initiativen am laufenden Band zu fabrizieren, so liegt doch eine sehr verheißungsvolle politische Neuerung darin, daß Angehörige der verschiedensten Volksklassen in einem Maß, wie es noch nie der Fall gewesen ist, sich zur gemeinsamen Verfechtung gemeinsamer Forderungen zusammengefunden haben. Ging die Kriseninitiative nicht unmittelbar von der Sozialdemokratischen Partei aus, so hat ihre seit dem Beginn der Krise doch überaus rege und initiative wirtschaftspolitische Propaganda eine sehr wertvolle Vorarbeit geleistet. Man durchgehe die Aufrufe und Kundgebungen, die Publikationen und Aktionen, die gemäß Weisung und Vorbereitung der Geschäftsleitung unserer schweizerischen Partei erlassen oder durchgeführt worden sind, — man sehe nochmals die im April 1932 vom Sekretariat unserer schweizerischen Partei veröffentlichten Dokumentensammlung »Unser Kampf gegen Krisennot und Massenelend« (64 Druckseiten) durch oder die im Jahre 1933 veröffentlichten »12 Forderungen der schweizerischen Arbeit«, — man erinnere sich der beiden Massenpetitionen, die unsere Partei vor zwei Jahren schon mit dem Erfolg von je 150,000 Unterschriften durchgeführt hat oder man lasse unsere letzten Parteitage Revue passieren, dann wird einem erst recht bewußt, welch gewaltiges Ringen um die Klärung der wirtschaftlichen Probleme vom politischen Sektor der schweizerischen Arbeiterbewegung ausgetragen worden ist. Diese riesenhafte Auseinandersetzung hat der 2. Juni keineswegs zum Abschluß gebracht. Die Krise dauert an, und dem werktätigen Volk bleibt keine andere Wahl, als sich seiner Haut zu wehren. Die Sozialdemokratische Partei, die in diesem Kampf bisher schon so viel Energie und Arbeitslust eingesetzt hat, wird ihn nicht fallen lassen, sondern mit vermehrten Kräften weiterführen. Nie haben wir schönere Versammlungen erlebt als in diesen letzten Wochen. Mit welchem Ernst fanden sich die Hunderte von Stimmberechtigten in den Dörfern zu unseren Versammlungen ein und mit welcher Ausdauer hielten sie aus bis über Mitternacht hinaus und bis morgens um 1 Uhr! Kaum daß ein Zwischenruf fiel, so sehr war die höchstgespannte Aufmerksamkeit der Zuhörerschaften darauf erpicht, kein Wort sich entgehen zu lassen! Dann das Dafür und Dawider der Diskussion und der besinnliche Heimmarsch in später Nacht! Zehntausenden sind diese Versammlungen zu einem unvergeßlichen Erlebnis geworden, das weiter wirken wird. Die neue schweizerische Regeneration, die als Folge der nächsten großen europäischen Bewegung unausbleiblich kommt, wird durch keine Panikmache mehr zu bannen sein.